

Spannungsverhältnisse im Zusammenhang mit Open Access

Von Ralf Schimmer, Max Planck Digital Library

Wo Rauch ist, ist auch Feuer. Von dieser Binsenweisheit ausgehend muss hinter dem dichten Rauch – der Frequenz und Tonlage der aktuellen Diskussion um Open Access – ein Feuer recht stattlichen Ausmaßes vermutet werden. Die Debatten und Auseinandersetzungen werden intensiv und erbittert geführt. Die typischen Instrumente aus dem Arsenal des politischen Lobbyismus rücken dabei immer stärker in den Vordergrund: Gutachten folgt auf Gutachten, eine Stellungnahme löst die andere ab und es ist ein gewisser Wettlauf von Appellen, Resolutionen, Deklarationen und Petitionen zu beobachten.

In der Open-Access-Debatte kollidieren die Interessen von großen und mächtigen kollektiven Akteuren wie der Wissenschaft, dem Verlagswesen, der Öffentlichkeit und dem politischen Gemeinwesen. Ein institutionelles Gefüge, das lange stabil und zur allseitigen Zufriedenheit austariert schien, ist durch die atemberaubende Entwicklungsgeschwindigkeit des Internets, die fortschreitende Digitalisierung und die massiven Veränderungen in der wissenschaftlichen Kommunikation nachhaltig aus dem Gleichgewicht geraten. Damit sind Fragen, die selten größere Publikumswirksamkeit erzielten und normalerweise nur in Spezialistenzirkeln verhandelt werden, zum Gegenstand größerer öffentlicher Debatten geworden.

Wenn es um den Zugang zu Wissen geht, dann setzen die Wissenschaftler auf maximale Distribution und unterstreichen dabei die neuen Möglichkeiten des Internets im Hinblick auf Unmittelbarkeit, Kostengünstigkeit und Überlegenheit. Aus Sicht der Wissenschaften stellt sich die Verbreitung von Forschungsergebnissen heute in etwa wie folgt dar: Der größte Teil der Forschung wird weltweit an öffentlich geförderten Einrichtungen (v.a. Universitäten) betrieben. Die öffentlich geförderten Forschungsergebnisse werden meistens kostenfrei an Verlage übergeben, wo sie für die eigentliche Veröffentlichung vorbereitet werden. Dabei organisieren und finanzieren die Verlage als zentrales Qualitätssicherungsinstrument das so genannte Peer-Review-Verfahren, das wiederum von der (in der Regel entgeltfreien) Mitarbeit öffentlich finanzierter Wissenschaftler getragen wird. Am Ende des Publikationsprozesses sind es die öffentlich finanzierten Bibliotheken, die in Form von sich stetig vertuernden Zeitschriftenabonnements (Subskriptionen) die öffentlich finanzierten Forschungsergebnisse, die durch die Begutachtung öffentlich finanzierter Wissenschaftler ihre

Qualitätskontrolle erfahren haben, zurückkaufen müssen. Nach dieser Sichtweise zahlt die öffentliche Hand gleich an mehreren Stellen des Verfahrens, was manche dazu verleitet, von einer Privatisierung öffentlicher Mittel zu sprechen. Doch es ist keineswegs nur das Kostenargument allein, das die Wissenschaftler anführen. Aus ihrer Sicht gibt es nicht nur finanzielle, sondern auch rechtliche und technische Barrieren, die die Verbreitung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse im Internetzeitalter längst nicht so effizient und nachhaltig machen, wie es ihnen zufolge wünschenswert und möglich wäre.

Wenn man die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen betrachtet, so stellt man fest, dass es keine einheitliche und noch nicht einmal eine eindeutige Haltung zu Open Access gibt. Die Voraussetzungen und Kulturen, die Möglichkeiten und Anforderungen sind in den einzelnen Wissensfeldern zu unterschiedlich, um von einem kohärenten Standpunkt der Wissenschaft sprechen zu können. Zwischen den Natur- und Geisteswissenschaften, aber auch zwischen den einzelnen naturwissenschaftlichen Disziplinen oder sogar Teildisziplinen gibt es erhebliche Unterschiede. Dennoch ist generell ein wachsendes Interesse an der Thematik von Open Access zu verzeichnen. Was die Wissenschaften dabei eint, ist das Gefühl, in einer möglicherweise epochalen Umbruchsituation zu leben, in der sich immer mehr Wege auftun, die Wirkung der Forschung noch zu verbessern. Dies lässt vermuten, dass das Unbehagen der Wissenschaft mit dem traditionellen Publikationssystem und seiner gegenwärtigen Allokation der Ressourcen noch weiter steigen wird.

Ganz anders stellen sich diese Zusammenhänge aus Sicht der kommerziellen Informationsanbieter dar. Die Verlage argumentieren, dass es zu ihrem Auftrag und zu ihrer kulturhistorischen Leistung gehört, zur Verbreitung des Wissens beizutragen. Viele der Verlage verstehen sich ausdrücklich als Partner der Wissenschaft, verweisen auf ihre massiven Investitionen in die wissenschaftliche Qualitätssicherung und in die elektronischen Distributionsplattformen und heben hervor, dass noch nie so viele Inhalte für die Wissenschaftler zur Verfügung gestanden haben wie heute. Die Klage qualitativer Restriktion durch die Wissenschaft kontern die Verlage durch ihren Hinweis auf massives quantitatives Wachstum in Form ständig steigender Inhalte und Nutzungszahlen. Sie unterstreichen ihre Kompetenz und Erfahrung in der Sicherung von Qualität und Integrität der Inhalte, warnen vor einer Unterschätzung der Kosten und Organisationsanforderungen elektronischer Publikations- und Distributionsprozesse und bestehen auf der Alternativlosigkeit des gegenwärtigen Subskriptionsmodells. Den Verheißungen des Internets stellen sie die Gefahr von Qualitätsverlusten in der wissenschaftlichen Kommunikation entgegen. Open Access in den Augen der

Verlage bedroht nicht nur das Kulturgut wissenschaftliche Zeitschrift, sondern auch erhebliche Investitionen in Informationsinfrastrukturen, Arbeitsplätze und letzten Endes einen ganzen Industriezweig. Der optimale Zugang zu Wissen, so die Verlage, liegt auch in Zukunft in den Angeboten kommerzieller Informationsanbieter.

Ähnlich diametral entgegen stehen sich die Sichtweisen, wenn es um das Urheberrecht geht und die Frage, was und wessen Interessen dadurch geschützt werden sollen. Für Künstler, die von ihrer Kreativität leben, hat das Urheberrecht eine andere Bedeutung als für Wissenschaftler, deren Lebensunterhalt durch ihre Anstellung gesichert ist und deren Hauptinteresse im Regelfall darin besteht, dass ihre wissenschaftlichen Ergebnisse von einem möglichst breiten Publikum gelesen werden können. Viele Wissenschaftler sehen vor allem, dass sie in den Autorenverträgen umfassende Rechte an die Verlage abtreten, und sind der Meinung, dass das Urheberrecht – zumindest dort, wo es sich auf die Wissenschaft auswirkt – letztlich nicht den Rechten und Interessen der Urheber dient, sondern vor allem den Verwertungsinteressen der Verlagsindustrie. Von vielen Wissenschaftlern – aber auch in anderen Bereichen mit öffentlichem Auftrag wie beispielsweise öffentlich-rechtliche Medien, Schulen, Kultureinrichtungen, Verbraucherschutz – wird die Einschränkung der Rechte bei digitalen Medien immer deutlicher als Problem gesehen. Mit steigender Vehemenz wird von vielen ein einfaches und eindeutiges Nutzungsrecht gefordert, das es beispielsweise erlauben würde, das eigene Werk nach Ablauf einer gewissen Frist für nicht kommerziellen Gebrauch auf der eigenen Homepage oder in einem institutionellen Dokumentenserver abzulegen und weiter zu nutzen.

Auch die Verlage berufen sich in ihrem Handeln auf die Urheber, denn sie verstehen sich als die Wahrer der Interessen der Autoren. Das Urheberrecht als notwendiger rechtlicher Rahmen schafft Rechtssicherheit und ermöglicht damit erst wirtschaftliches Handeln. Es berücksichtigt dabei die Interessen sowohl der Autoren als auch der Verlage. Ohne die im Urheberrecht definierten Verwertungsrechte gäbe es keine Absicherung der Investitionen durch die Verlage und damit auch nicht den Rahmen, der das gesamte Publikationswesen überhaupt erst trägt. Deshalb wird den Forderungen nach Einräumung freizügiger Nutzungsrechte für die Urheber und entsprechenden Gesetzgebungsinitiativen bisher von Verlagsseite sehr entschieden entgegen getreten.

Über die Wissenschaft und die Verlage hinaus erfasst die Open-Access-Debatte zunehmend auch Einrichtungen mit öffentlichem Handlungs- und Kulturauftrag. Einige sehen durch Open Access die Möglichkeit, deren Auftrag zu aktualisieren und neue Handlungsfelder zu erschließen. Das erklärte Ziel lautet dabei immer, dass

öffentlich gefördertes Wissen möglichst rasch der Allgemeinheit kostenlos (oder zumindest kostengünstig) zur Verfügung gestellt werden soll. Für Bibliotheken ist die Open-Access-Thematik dabei überlebenswichtig, sind sie es doch, die bei stagnierenden Etats unter den steigenden Kosten für wissenschaftliche Zeitschriften besonders leiden und sich kaum anders als durch Abbestellungen zu helfen wissen. Dies wirkt sich negativ für die Bibliotheksbenutzer aus und liegt natürlich auch nicht im Interesse der Verlage. Allerdings verspüren manche Bibliotheken dabei auch, dass konsequent umgesetztes Open Access unweigerlich zu strukturellen und administrativen Veränderungen an den Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und damit zu einem Wandel ihrer Bedeutung und Aufgaben führen würde.

An den deutschen Universitäten ist es in den letzten Jahren zu einer kleinen Renaissance der Universitätsverlage gekommen, die mit dem Auftrag des Online-Publizierens unter Open-Access-Bedingungen neu gegründet oder umstrukturiert wurden und dabei innovative Ansätze – sowohl technisch als auch in den Geschäftsmodellen – entwickeln. Im schulischen Bildungsbereich, in den öffentlich-rechtlichen Medien, in der Kultusministerkonferenz, im Verbraucherschutz und in vielen anderen Bereichen mit Kulturauftrag hofft man auf eine Verbesserung des Zugangs zu Informationen und auf die Minimierung von Schwellen und Barrieren.

Ein weiteres Spannungsverhältnis, das allerdings nicht im Zentrum der Wahrnehmung steht, ist der freie Zugang zu Informationen in Ämtern, Behörden und anderen öffentlich geförderten Einrichtungen. Die Forderung nach Open Access erscheint vielen unvollständig, solange nicht auch die datenschutzrechtlich unbedenklichen Informationen – man denke an geographische, geologische oder klimatologische Daten – aus Planungsämtern, Umweltbehörden oder Ministerien der Länder und des Bundes der Öffentlichkeit und damit auch der Forschung frei zugänglich gemacht werden. Auch in Archiven, Museen und anderen Einrichtungen des kulturellen Erbes wird sich die Debatte um Open Access sicherlich noch intensivieren.

In diesem Beitrag sollte ein Schlaglicht auf die Spannungsverhältnisse im Zusammenhang mit Open Access geworfen werden. Es zeigte sich, dass es keine kleine Kluft ist, die derzeit vor allem zwischen der Wissenschaft und den Verlagen verläuft. Doch zugleich wäre es verfehlt, einem simplen Schwarz-Weiß-Schema aufzusitzen. Keines der Lager ist in sich monolithisch organisiert, findet man doch Pioniergeist und Innovationsbereitschaft ebenso wie Abwehrhaltungen und Beharrungstendenzen auf beiden Seiten. „Wenn der Wind des Wandels weht“, so besagt ein chinesisches Sprichwort, „dann bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen.“ Derzeit

werden auf beiden Seiten sowohl Mauern als auch Windmühlen gebaut. Aber es besteht durchaus Hoffnung, dass eines Tages der Konsens wieder breit genug sein wird, um gemeinsam Windmühlen – oder um im Bilde heutiger Potentiale zu bleiben: Windkraftwerke – zu bauen.

Open Access in Hochschule und Wissenschaft

Open Access in den Naturwissenschaften

Von Wolfgang Voges, Max-Planck-Institut für extraterrestrische Physik

Die Bereitschaft von Naturwissenschaftlern, freien Zugang zu Forschungsergebnissen zu gewähren, ist aufgrund der großen Vielfalt der Disziplinen und des sehr unterschiedlichen Umgangs mit wissenschaftlichem Wissen nicht einheitlich. Eine alle Aspekte würdigende Beschreibung und Bewertung der komplexen und z.T. kontroversen Argumentationen für oder gegen die Open-Access-Bewegung kann daher in diesem kurzen Beitrag nicht gegeben werden. In etlichen Fachbereichen spielen z.B. kommerzielle Erwägungen bzgl. Erfindungen und Patentrechten eine so große Rolle, dass hier – weder jetzt noch in der Zukunft – nicht mit kostenlosem Zugang zu Forschungsergebnissen und Daten gerechnet werden kann.

Ich möchte mich auf eine grobe Beschreibung der Situation im Bereich der Astronomie und Astrophysik beschränken. Hier gibt es eine differenzierte, aber vorwiegend positive Einstellung zu Open Access. Der Umgang mit Forschungsergebnissen in Publikationen ist generell freizügig; die Dissemination soll den Wünschen der Wissenschaftler entsprechend schnell und weit verbreitet sein, um eine globale Diskussion und so eine Wissensvermehrung zu ermöglichen. Hier bietet sich die elektronische Verbreitung und Verfügbarkeit an. In vielen Bereichen der Physik gibt es bereits seit vielen Jahren die Möglichkeit, auf einem elektronischen *pre-print server* (<http://lanl.arXiv.org>) neue, zur Einreichung anstehende Publikationen kostenlos verfügbar zu machen. Momentan sind dort mehr als 415.000 *e-prints* abgelegt. Auch das viel diskutierte Problem der Qualitätskontrolle der Beiträge scheint hier zufriedenstellend gelöst zu sein.